

# Der Konflikt zwischen Moskau und Peking – Ein Überblick

UWE G. FABRITZEK

## I. Vorbemerkung

Der Konflikt zwischen den beiden kommunistischen Großmächten China und Sowjetunion gehört heute neben dem schon fast „klassischen“ Ost-West-Konflikt und dem noch „jungen“ Nord-Süd-Konflikt zu den drei wichtigsten Interaktionsfeldern der internationalen Politik der Gegenwart. Die Dimensionen dieses Konfliktes sind vielschichtig-komplexer Natur – es ist zu unterscheiden zwischen einer historischen, einer interkommunistisch-bilateralen, einer weltkommunistischen und schließlich der internationalen Dimension, wie sie sich nicht zuletzt in den Organisationen der Vereinten Nationen seit 1971 widerspiegelt.

Dabei sind die Kenntnisse über Ausmaß und zugrundeliegender Ursachen des Konfliktes – soweit nicht am Stand der bilateralen Kontakte ablesbar – relativ begrenzt geblieben, was zum einen auf die übliche Geheimhaltung interkommunistischer Beziehungen, zum anderen aber auf die mehr eurozentrische Perspektive, bestimmt von der Ost-West-Auseinandersetzung, des Westens zurückzuführen war. Erst die seit Anfang der siebziger Jahre von den USA maßgeblich initiierte Änderung der Chinapolitik der westlichen Staaten – nachdem die USA über zwei Jahrzehnte einer antichinesischen Fronde vorgestanden hatten – zog eine Veränderung der Haltung westlicher Beobachter wie Politiker gegenüber dem Konflikt Peking–Moskau nach sich<sup>1</sup>.

Ein Schwerpunktthema der vorliegenden Form kann nicht alle wesentlichen Fragen, die durch diesen Konflikt aufgeworfen wurden, analysieren – es stellt lediglich den Versuch dar, einige Aspekte dieses Konfliktes zu erörtern. Aus diesem Grunde wird in einem Beitrag der ideologische Disput – und hier der wichtige Aspekt über seine Ursachen – behandelt, ein anderer untersucht die gemeinhin vernachlässigten wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten, während ein weiterer Beitrag außenpolitische Perspektiven anspricht.

Während diese Beiträge also mehr Einzelaspekte erörtern, so will der vorliegende Artikel (zusammen mit dem Appendix) den Rahmen dieses Konfliktes abstecken, wobei sowohl versucht wird, die Fragen nach den Ursachen, dem Ablauf, seinen Auswirkungen und nach den künftigen Perspektiven zu beantworten<sup>2</sup>.

<sup>1</sup> Bis dahin hatte die Vorstellung einer Zusammenarbeit zwischen dem Westen und der VR China allenfalls in entsprechenden Argwöhnungen und Mutmaßungen der sowjetischen und osteuropäischen Presse Platz gefunden. Dies trifft nicht nur, aber besonders, auf die Bundesrepublik zu, die seit Anfang der sechziger Jahre eines „geheimen Bündnisses“ mit Peking beschuldigt wird. Siehe dazu meine Ausarbeitung: Deutschland, China und der sino-sowjetische Konflikt. Internationales Asienforum Vol. 2 (1971), Nr. 3, S. 312–472.

<sup>2</sup> Zu den einzelnen Phasen dieses Konfliktes siehe im einzelnen: **Allgemeine Entwicklung:** Whiting, Allen S.: Soviet Policies in China 1917–24. Stanford, California 1954, 1968; Thornton.



## II. Zu den Ursachen des Konfliktes

Die häufig gestellte Frage nach den Hintergründen der Auseinandersetzung zwischen China und der UdSSR wird meist mit der Frage danach verbunden, ob es sich bei diesem Konflikt um machtpolitische, ideologische oder territoriale Streitigkeiten handle. Dieses Spektrum reicht jedoch zur Beantwortung der Frage nicht

Richard C.: *The Komintern and the Chinese Communists 1928—1931*. London 1969; Brandt, Conrad: *Stalin's Failure in China 1924—1927*. New York 1958, 1966; Broué, Pierre (Edt): *La question chinoise dans l'internationale communiste (1926—1927)*. Paris 1965; Gittings, John: *Survey of the Sino-Soviet Dispute. A Commentary and Extracts from the recent Polemics 1963—67*. London 1968; Ambroz, Oton: *Realignment of World Power. The Russo-Chinese Schism*. 2 Vols, New York, Taipei 1972; Baby, Jean: *La grande controverse sino-soviétique (1956—1966)*. Paris 1966; Meray, Tibor: *La rupture Moscou—Pékin*. Paris, Zürich 1965, 1966; North, Robert C.: *Moscow and Chinese Communists*. Stanford, California 1953 und 1963; Zagoria, Donald S.: *The Sino-Soviet Conflict 1956—1961*. Princeton 1962, München 1964; Floyd, David: *Mao against Khrushchev*. New York—London—München—Zürich 1964; Crankshaw, Edward: *The New Cold War. Moscow vs. Peking*. Harmondsworth 1963—65; Mehnert, Klaus: *Peking und Moskau*. Stuttgart—München 1962 und 1964; Griffith, William E.: *The Sino-Soviet Rift*. Cambridge, Mass. 1964; Brahm, Heinz: *Pekings Griff nach der Vormacht. Der chinesisch-sowjetische Konflikt von Juli 1963 bis März 1965*. Köln 1966; Hamm, Harry / Kun, Joseph: *Das rote Schisma 1961—63*. Köln 1963; Glaubitz, Joachim: *China und die Sowjetunion*. Hannover 1973; Fabritzek, Uwe G., und Meissner, Boris: *Volksrepublik China — Sowjetunion 1964—1972. Analyse und Dokumentation*. Köln 1975. **Wirtschaftsbeziehungen:** Chen, Chu-yuan: *Economic Relations between Peking and Moscow 1949—1963*. London 1964; Clark, M. Gardner: *The Development of China's Steel Industry and Soviet Technical Aid*. New York 1973; Freedman, Robert O.: *Economic Warfare in the Communist Bloc. A Study of Soviet Economic Pressure against Yugoslavia, Albania and Communist China*. London 1970; Feng-hua, Mah: *The Terms of Sino-Soviet Trade*. In: *The China Quarterly* Nr. 17 (Januar—März 1964); *The Sino-Soviet Economic Offensive*. Washington 1952 und 1959; Polaris, Jean: *The Sino-Soviet Dispute. Its Economic Impact on China*. In: *International Affairs*, London, Vol. 40, Nr. 4, S. 647—658; *Die wirtschaftliche Verflechtung der Volksrepublik China mit der Sowjetunion*. Frankfurt 1959; Fabritzek, Uwe G.: *Les relations économiques entre l'Union Soviétique et la République Populaire du Chine*. In: *The Economic Future of the Far East and Southeast Asia*. Brüssel 1972. **Grenzfrage:** *The Border Issue — China and the Soviet Union (März bis Oktober 1969)*. Analysis and Documents. Studies in Comparative Communism. Los Angeles, Vol. 2, 1969, Nr. 3/4; Doolin, Dennis J.: *Territorial Claims in the Sino-Soviet Conflict. Documents and Analysis*. Stanford 1965; Jackson, W. A. Douglas: *The Russo-Chinese Borderlands*. London 1968; Pommerening, Horst: *Der chinesisch-sowjetische Konflikt*. Freiburg 1968; Fabritzek, Uwe G.: *Die Entwicklung der Grenzfrage zwischen Rußland und China und ihre Auswirkungen auf das sino-sowjetische Verhältnis*. Internationales Asienforum, München 1970, Nr. 4; Kaminski, Gerd: *Der chinesisch-sowjetische Grenzkonflikt um die Insel Damanski-Dschenbao*. Österreichische Zeitschrift für internationales Recht. Wien 1970, Nr. 40. **Militärische Aspekte:** Clemens, Walter C.: *The Arms Race and Sino-Soviet Relations*. Stanford 1968; Garthoff, Raymund L. (Edt.): *Sino-Soviet Military Relations*. London 1966; Halperin, Morton H.: *China and the Bomb*. London 1965; Halperin, Morton H. (Edt.): *Sino-Soviet Relations and Arms Control*. London 1937; Huck, Arthur: *The Security of China*. London 1970; Dahm, Helmut: *Abschreckung oder Volkskrieg*. Freiburg 1968. **Internationale Politik:** Dake, Antonie C. A.: *In the Spirit of the Red Banteng. Indonesian Communists between Moscow and Peking*. Paris 1973; D'Encasse, H. Carrère / Schram, Stuart R.: *L'URSS et la Chine devant les revolutions dans les sociétés pre-industrielles*. Paris 1970; Griffith, William E.: *Albania and the Sino-Soviet Rift*. Cambridge 1963; Rupen, Robert A. / Farrell, Robert: *Vietnam and the Sino-Soviet Dispute*. London 1967; Stolypine, Arcady: *La Mongolie entre Moscou et Pékin*. Paris 1971; Yün, John: *Sino-Soviet Dialogue on the Problem of War*. Den Haag 1971; Zagoria, Donald S.: *Vietnam Triangle — Moscow—Peking—Hanoi*. New York 1967.



aus: Es ist vielmehr zu berücksichtigen, daß der sino-sowjetische Konflikt der Gegenwart auf einem langen historischen Kapitel der Beziehungen zwischen China und Rußland beruht. Freilich läßt sich dieser Konflikt nicht allein aus der Historie erklären, doch wird manches Element der Auseinandersetzung seit 1960 verständlich, wenn man diese Phase in die Betrachtung mit einbezieht: Schließlich ist es eine historische Tatsache, daß das kaiserliche China in seinem Selbstverständnis und seiner Weltsicht wohl am nachhaltigsten durch Rußland beeinträchtigt wurde, daß allein von den europäischen Kolonialmächten Rußland seine Positionen in China auch nach der Revolution von 1911 halten und sogar ausbauen konnte<sup>3</sup>.

Der Umstand, daß China im Hinblick auf die mit Rußland geschlossenen Grenzverträge seit der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts noch heute von „ungleichen Verträgen“ spricht, macht die Bürde dieser Phase der Beziehungen für die gegenwärtige Konstellation deutlich<sup>4</sup>. Das änderte sich auch dadurch nicht, daß das nachrevolutionäre China dem nachrevolutionären Rußland bis in die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts freundlich gegenüberstand<sup>5</sup>. Dazu haben nicht zuletzt die Erklärungen des stellvertretenden sowjetischen Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten, Leo Karachan, aus den Jahren 1919 und 1920 beigetragen, in denen dieser im Namen der neuen Regierung auf alle kolonialen Ansprüche und Erwerbungen in China verzichtete<sup>6</sup>. Die Euphorie darüber in China – nach den Erfahrungen der Versailler Konferenz<sup>7</sup> – wich aber bald einer tiefen Enttäuschung, als sich herausstellte, daß die Sowjetunion in den nachrevolutionären Wirren in China zielstrebig versuchte, ihren Einflußbereich zu vergrößern. Die „Unabhängigkeit“ der Äußeren Mongolei und die Abtrennung von Tannu Tuwa fallen in diese Zeit<sup>8</sup>.

Schließlich zeigt der Blick in die Geschichte auch, daß das Kapitel der bilateralen Beziehungen, das auch im Zeichen der Kontakte der KP China mit der KPdSU und der Komintern stand, nicht geeignet war, ein Fundament für die späteren Beziehungen abzugeben. Es zeigt sich vielmehr, daß es zwischen der jungen

<sup>3</sup> Während England, Frankreich und auch Deutschland im Zuge der Ereignisse, die zum Ersten Weltkrieg führten, zunehmend Interesse an China verloren, nutzte die neue Regierung in Moskau die Gunst der schwachen Stunde der chinesischen Revolutionäre, um ihren Einfluß auszubauen. Siehe dazu Whiting, Allen S.: *Soviet Policies in China 1917–24*, a.a.O. S. 59 ff.

<sup>4</sup> Dies betrifft nicht den ersten Vertrag von Nertschinsk (1689), wohl aber alle weiteren. Siehe dazu die Arbeiten von Pommerening, Doolin, Fabritzek, Kaminski in Anm. 2).

<sup>5</sup> Maßgebend für diese Politik war Sun Yat-sen, der in der jungen Sowjetunion und in Deutschland – wegen der ähnlichen Ausgangsposition – die einzigen möglichen Bündnispartner Chinas sah. Siehe dazu Faß, Joseph: *Sun Yat-sen in Germany in 1921–1924*. In: *Papers of the 19th International Congress of Chinese Studies*. Ostasien-Institut der Ruhruniversität, Sektion Geschichte Chinas, 1968, S. 137 ff., sowie die deutsche Übersetzung eines Briefes von Sun Yat-sen bei Kindermann, G.-K. (Hrsg.): *Konfuzianismus, Sunyatsenismus und chinesischer Kommunismus*. Freiburg 1963, S. 137–138.

<sup>6</sup> Siehe dazu Whiting, Allen S. (Anm. 2), S. 31–33 (Text der Erklärung von 1919, S. 269–271) sowie 148–150 (Text der Erklärung von 1920, S. 272–275).

<sup>7</sup> Entgegen den Erwartungen Chinas, das eine fünfköpfige Delegation nach Versailles entsandte und fest auf die Rückgabe der ehemals deutschen Besitzungen in China rechnete, gingen diese an Japan, was in China zu einer großangelegten Protestbewegung, der des „4. Mai 1919“, führte. Siehe dazu Franke, Wolfgang: *Chinas kulturelle Revolution*. Die Bewegung vom 4. Mai 1919. München 1957.

<sup>8</sup> Zur „Unabhängigkeit“ der Äußeren Mongolei siehe u. a. Pommerening, a.a.O. (Anm. 2), sowie Whiting, a.a.O. (Anm. 2), v. a. S. 229 ff.



chinesischen Partei und der KPdSU schon sehr bald zu schwerwiegenden Differenzen kam — sei es um die Strategie der „Einheitsfront“ mit der Kuomintang unter Chiang Kai-shek<sup>9</sup> oder um das militärische Vorgehen gegenüber den Truppen Chiang Kai-sheks, wobei die Empfehlungen der Komintern zu schweren Niederlagen und dem legendären „Langen Marsch“ führten<sup>10</sup>.

Besonders an der Person und der Politik Mao Tse-tungs zeigt sich dabei, daß diese Phase der Beziehungen für den späteren Ablauf eine Belastung darstellen mußte: War es doch Mao Tse-tung gewesen, der sich mit seinem „Untersuchungsbericht über die Lage der Bauern in Hunan“ 1927 im Gegensatz zur Komintern gestellt hatte<sup>11</sup>, war er es gewesen, der die Führung der Partei nach der Niederlage der kommunistischen Streitkräfte gegen Chiang Kai-shek auf der Konferenz von Tsunyi übernahm<sup>12</sup>, und war es Mao Tse-tung, der bei der Auseinandersetzung Chinas mit Japan (von 1937 bis 1945) und der Entwicklung in China nach 1945 eine gänzlich andere Meinung vertrat als die Genossen in Moskau<sup>13</sup>.

Berücksichtigt man weiterhin, daß die Chinapolitik Stalins vor und nach 1945 darauf ausgerichtet war, sowjetische Besitzansprüche durchzusetzen und abzusichern, wobei Stalin — wie die USA auch — von der Annahme ausging, daß der künftige „starke Mann“ in China Chiang Kai-shek sein werde<sup>14</sup>, so wird vollends deutlich, daß auch dieser Abschnitt der bilateralen Beziehungen keinen Beitrag zur Stabilisierung des Verhältnisses beider Staaten nach dem Sieg der Kommunisten und der Proklamation der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 darstellen konnte<sup>15</sup>.

Zusammenfassend betrachtet, war die Chinapolitik Rußlands in der historischen Phase ebenso wie unter Stalin primär davon bestimmt, unter Ausnutzung der schwachen Position Chinas den russisch-sowjetischen Einflußbereich auszuweiten

<sup>9</sup> Siehe dazu Broué, P.: *La question chinoise dans l'internationale communiste 1926—27*. a.a.O. (Anm. 2), S. 17—31 und 139—185.

<sup>10</sup> Auf der Konferenz von Tsunyi, während des Langen Marsches, übernahm Mao Tse-tung den Parteivorsitz. Nicht uninteressant ist es in diesem Zusammenhang, daß auf beiden chinesischen Seiten Deutsche als Berater tätig waren — auf der Seite Chiang Kai-sheks die deutschen Militärberater und auf seiten der Kommunisten der Komintern-Beauftragte Otto Braun. Zum Langen Marsch siehe v. a. Snow, Edgar: *Roter Stern über China*. Frankfurt 1970, S. 241 ff. Zur Tätigkeit der Militärberater und auch zu der Otto Brauns mein Buch: *Gelber Drache — Schwarzer Adler. Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen*. München 1973, S. 101 ff.

<sup>11</sup> Report on an Investigation of the Peasant Movement in Hunan. March 1927. Selected Works of Mao Tse-tung. Peking 1967, Vol. 1, S. 23—62, sowie weitere Erklärungen Mao Tse-tungs zu dieser Situation S. 63—140.

<sup>12</sup> Siehe Anm. 10 sowie: Heinzig, D.: *Mao Tse-tungs Weg zur Macht 1931—35* und die *Otto-Braun-Memoiren*. Köln 1970.

<sup>13</sup> Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß nach Ansicht Stalins der künftige starke Mann Chinas Chiang Kai-shek sein werde und entsprechend seine Politik darauf ausrichtete. Ein Beispiel ist neben dem „Freundschaftsvertrag“ vom August 1945 auch die Demontage der Industrieanlagen in der Mandchurei.

<sup>14</sup> Siehe dazu McLane, Charles: *Soviet Policy and the Chinese Communists 1931—1946*. New York 1958, S. 253 f.; Mehnert, Klaus: *Peking und Moskau*, a.a.O. (Anm. 2) S. 310 f.; Brandt, Conrad: *Stalin's Failure in China*, a.a.O. (Anm. 2) S. 43—101.

<sup>15</sup> Dies wird besonders durch die Demontagen wie durch die Tatsache, daß der sowjetische Botschafter in China der letzte war, der der Regierung Chiang Kai-shek bis nach Kanton folgte, während andererseits die UdSSR der erste Staat war, der die Volksrepublik China am 2. Oktober 1949 anerkannte, illustriert.



und sich territoriale wie wirtschaftliche Vorrechte zu sichern. Demgegenüber hatten sich sowohl das kaiserliche als auch das nachrevolutionär-nationalchinesische China – wenn auch vergeblich – gegen eine Verletzung ihrer Souveränität und ihrer territorialen Integrität gewehrt, gehört es bis heute zu den primären Zielen der Politik Mao Tse-tungs, seinem Land zur Einheit, zur Sicherung der souveränen Rechte wie zur Wiedergewinnung der Vormachtstellung Chinas in Asien zu verhelfen.

Mit der Proklamation der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949 wurde ein grundlegender Wandel in den chinesisch-sowjetischen Beziehungen eingeleitet: Mao Tse-tung verhandelte mit den Führern der UdSSR nicht mehr als Führer einer nationalen kommunistischen Partei, sondern als Präsident der volkreichsten Nation der Erde, die ihren Kampf auch gegen sowjetische Ratschläge und größtenteils aus eigener Kraft durchgeführt hatte. Allerdings veränderte dies wenig an der ökonomisch und militärisch schwachen Position Chinas, das nach der Beendigung des Bürgerkrieges umfangreicher Hilfe bedurfte, um seine Erfolge auch abzusichern. Unter Ausnutzung dieses Umstandes sowie der Tatsache, daß China im Zuge des „Kalten Krieges“ von den USA und allen westlichen Industrienationen boykottiert wurde, konnte Stalin seine alte Chinapolitik – wenn auch unter dem Vorzeichen „brüderlicher Solidarität sozialistischer Staaten“ – fortsetzen<sup>16</sup>.

Eine entscheidende Veränderung dieser Konstellation ergab sich erst nach dem Tode Stalins im März 1953, der wohl die einschneidendste Zäsur in den bilateralen Beziehungen seit 1949 markiert, zeigte sich doch sehr bald, daß sich Mao Tse-tung den Nachfolgern Stalins weit mehr als diesem gewachsen fühlte: Erstmals im November 1954 forderte Mao Tse-tung eine Revision der bestehenden Vereinbarungen, die Rückgabe der Häfen Port Arthur und Dairen wie die Veränderung des Status der Äußeren Mongolei und territoriale Korrekturen auf weiter Ebene – nicht nur in Asien, sondern auch in Europa<sup>17</sup>. Auf der Grundlage der Erfolge beim inneren Aufbau seines Landes profilierte sich Mao Tse-tung zunehmend zu einem selbstbewußten Staatsmann, dessen primäres Ziel die Erlangung der Unabhängigkeit nach allen Azimuten war, der dabei für die Entwicklung seines Landes fremde Erfahrungen nicht ablehnte, jedoch in entscheidenden Fragen seinen „eigenen Weg“ verfolgte. Dies bezog sich gerade auf die Politik gegenüber der UdSSR, wobei es den sowjetischen Führern sicherlich als Anmaßung erscheinen mußte, wenn das bis vor kurzem von ihnen abhängige China nunmehr nicht nur die sowjetische Bevormundung ablehnte, sondern in Fragen der Ideologie wie der Außenpolitik in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre zum Kritiker der Sowjetunion wurde, ja den sowjetischen Ideologen gar eine Abkehr vom „wahren Marxismus-Leninismus“ vorhielt<sup>18</sup>.

<sup>16</sup> Chefideologe Suslov gab 1964 selbst zu, daß es in den Beziehungen beider Staaten „Elemente der Ungleichheit“ gegeben habe, die jedoch später ausgeräumt worden seien. Prawda 3. 4. 1964, übersetzt in Gittings, John: Survey of the Sino-Soviet Dispute, a.a.O. (Anm. 2) S. 57; eine Betrachtung v. a. der Wirtschaftsbeziehungen bestätigt dies, siehe dazu Anm. 2 sowie die Ausarbeitung von Udo Weiß in diesem Heft.

<sup>17</sup> So Mao Tse-tung in einem Interview gegenüber einer Delegation der Japanischen Sozialistischen Partei am 10. 7. 1964. Siehe dazu Doolin, D. J.: Territorial Claims in the Sino-Soviet Conflict, a.a.O. (Anm. 2) S. 43 und 45.

<sup>18</sup> Siehe dazu die ausführliche Dokumentensammlung bei Gittings, John, a.a.O. (Anm. 2) S. 61 ff. Hauptstreitpunkte waren die sowjetische USA-Politik und die Entstalinisierung.



Aus der Sicht Chruschtschows müssen die wirtschaftlichen Notstände, die 1959/60 als Folge des wirtschaftlichen Experiments des „Großen Sprungs“ und von Naturkatastrophen auftraten, geradezu verlockend gewirkt haben, auch gegenüber China die „klassischen“ Mittel der Politik gegenüber Verbündeten zu praktizieren: Nicht anders ist der Abzug sämtlicher sowjetischer Berater im Sommer des Jahres 1960 zu verstehen, der der chinesischen Wirtschaft und vor allem der Industrie schwere Schäden auf Jahre hinaus zufügte<sup>19</sup>. Daß andererseits ein China, das sich in diesen Zeiten der wirtschaftlichen Bedrängnis und der innerparteilichen Diskussion<sup>20</sup> dem sowjetischen Erpressungsversuch widersetzt, nach Überwindung dieser Krise nicht bereit war, sich erneut der Sowjetunion unterzuordnen, liegt auf der Hand und wird durch den praktischen Ablauf und die Entwicklung des Konfliktes bestätigt.

Unter Berücksichtigung all dieser Faktoren erscheint der Ausbruch der offenen Polemik zwischen beiden Staaten 1962 nicht mehr als überraschend, sondern als folgerichtiges Glied einer Kette andauernder Differenzen. Gleichzeitig ist damit eine Beantwortung der Frage nach den Ursachen des Konfliktes zwischen Peking und Moskau gegeben: Er liegt letztlich in der Unvereinbarkeit des Strebens Moskaus nach Hegemonie mit dem Pekings nach Unabhängigkeit begründet. Das bedeutet jedoch nicht, daß ideologisch-machtpolitische, wirtschaftliche oder auch territoriale Fragen keine Rolle gespielt hätten – im Gegenteil, eine Klärung dieser Fragen hätte jedoch als möglich erscheinen müssen, wenn dies auf der Basis der Gleichheit beider Staaten versucht worden bzw. erfolgt wäre.

Daß tatsächlich zunächst nach außen hin Differenzen zwischen beiden Staaten über ideologische und außenpolitische Fragen bestanden, ist unbestritten, ebenso wie die Grenzfrage nach wie vor als ungelöst zu betrachten ist. Der offene Ausbruch des Konfliktes zu diesem Zeitpunkt ist damit nicht nur im Streben nach Unabhängigkeit begründet, sondern als Versuch Chinas zu werten, der durch die sowjetische Amerikapolitik bedingten Verschiebung des internationalen Kräftegleichgewichtes zu begegnen. Damit sollten die Weltöffentlichkeit und vor allem die kommunistischen Staaten alarmiert und auf die chinesischem Verständnis nach negativen Auswirkungen der sowjetischen Politik für die Sache des Kommunismus aufmerksam gemacht werden.

Zusammenfassend gesehen waren damit zwei Gründe für die Auslösung des offenen Konfliktes durch China maßgebend: ein spezifisch chinesischer und ein international-kommunistischer. Die chinesische Führung sah die Auslösung dieses Konfliktes offensichtlich als einzige Möglichkeit, einerseits selbst einer erneuten sowjetischen Bevormundung zu entgehen und andererseits eine Fortsetzung der Außenpolitik Chruschtschows zu verhindern. Die Wertigkeit dieser Gründe festzustellen ist ungemein schwierig, doch könnte diese Frage dadurch beantwortet werden, daß kurzfristig für China die eigene Entwicklung im Vordergrund stehen mußte, während langfristig – d. h. nach der Sicherung der chinesischen Unabhängigkeit – die weltkommunistische Zielsetzung Priorität hatte.

<sup>19</sup> Siehe dazu den Beitrag von Tilman Spengler in diesem Heft.

<sup>20</sup> Resultierend aus den Unstimmigkeiten über die künftig zu verfolgende Linie auf wirtschaftspolitischem Gebiet. Bekanntlich konnte sich nach dem Mißerfolg des „Großen Sprungs nach vorn“ Liu Shao-chi gegenüber Mao Tse-tung durchsetzen und drängte diesen zunehmend in den Hintergrund. S. dazu Hoffmann, R.: Entmaoisierung in China. München 1973.



### III. Zur Entwicklung des Konfliktes

Die Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion seit 1949 lassen sich in vier Phasen einteilen:

- Die Jahre der Kooperation (1949 bis etwa 1956/57)
- Die sich anbahnende Konfrontation (etwa 1956/57 bis 1960)
- Der offene Bruch und die Ausweitung der Differenzen (1960 bis 1969)
- Die Auseinandersetzung auf weltpolitischer Ebene (seit 1969/70)

Die Phase der Kooperation ist dabei insofern von Bedeutung, als wir nach dem heutigen Stand der Kenntnisse davon ausgehen können, daß selbst diese Phase nicht von einer Gleichheit der Beziehungen gekennzeichnet war: Moskau versuchte auch gegenüber China die gleiche Politik durchzusetzen wie gegenüber seinen anderen Satelliten, abzielend auf größtmögliche Einflußnahme im inneren und wirtschaftlichen Bereich, als deren Folge eine Abhängigkeit dieser Staaten von der Sowjetunion praktisch unabdingbar war. Offensichtlich hat nur der Umstand, daß China die dringend benötigte Hilfe für den Wiederaufbau (wegen des China-Embargos der USA) ausschließlich von Moskau bekommen konnte, dazu geführt, daß China die sowjetischen Bedingungen auch akzeptierte, von denen der sowjetische Chefideologe Suslow 1964 zugab, daß diese „nicht frei von Elementen der Ungleichheit“ gewesen seien<sup>21</sup>.

Die zweite Phase seit etwa der Mitte der fünfziger Jahre stellte in gewisser Hinsicht eine Bewährungszeit für das Bündnis dar: China versuchte dabei auf der Grundlage seiner ersten Erfolge im innenpolitischen wie wirtschaftlichen Bereich seinen Handlungsspielraum gegenüber Moskau zu vergrößern, während die sowjetische Führung bestrebt war, die durch die Schwierigkeiten bei der Regelung der Nachfolge Stalins aufgetretene Instabilität in seinem Verhältnis zu den Satellitenstaaten wiederherzustellen. Chruschtschow versuchte dabei mit den bewährten, aber im Falle Chinas nicht anwendbaren Mitteln der politischen Einflußnahme über wirtschaftlich-militärische Druckmittel, dem Selbständigkeitsdrang Chinas Grenzen zu setzen. Dazu kamen andere gewichtige Gründe, wie die Diskussion über ideologische Fragen, wobei sowohl auf Meinungsverschiedenheiten über die Entstalinisierung und den ideologischen Kurs innerhalb der Sowjetunion wie im Hinblick auf die Außenpolitik – und hier besonders auf die Amerikapolitik Chruschtschows – verwiesen werden soll<sup>22</sup>. Erheblichen Einfluß darauf hatte auch der Verfolg eines „eigenen Weges“ der chinesischen Führung, gekennzeichnet von aus sowjetischer Sicht so spektakulären Ereignissen wie der „Hundert-Blumen-Bewegung“ und dem „Großen Sprung nach vorn“<sup>23</sup>. Ein gemeinsamer Nenner, sich in diesen Fragen abzustimmen, konnte offensichtlich nicht gefunden werden, und der letzte Versuch Chruschtschows zur „Lösung“ der Chinafrage war ein massiver Pressionsversuch, als welcher der Abzug aller sowjetischen

<sup>21</sup> Siehe Anm. 16.

<sup>22</sup> Siehe auch hierzu die Dokumentensammlung von Gittings, John, a.a.O. (Anm. 2) S. 120 f., sowie die ebenfalls in Anm. 2 zitierten Arbeiten von Zagoria, Mehnert und Griffith.

<sup>23</sup> Zur sowjetischen Kritik an der chinesischen Politik siehe u. a. Floyd, David: Die feindlichen Genossen. München 1963, S. 284 f.; Gittings, John: The Sino-Soviet Dispute, a.a.O. (Anm. 2) S. 97–104; Zagoria, Donald S.: Der chinesisch-sowjetische Konflikt, a.a.O. (Anm. 2) S. 227 f.



Berater im Sommer 1960 angesehen werden muß, der wohl nicht zufällig zu einem Zeitpunkt erfolgte, als China unter dem Mißerfolg des „Großen Sprungs nach vorn“ und den Auswirkungen von Naturkatastrophen zu leiden hatte<sup>24</sup>. Der Tatbestand einer versuchten Erpressung kann unter diesen Umständen als gegeben angenommen werden, doch führte auch diese Aktion nicht zum Ziel — im Gegenteil: China überwand diese Krisen aus eigener Kraft.

Die dritte Phase, der Beginn des offenen Konfliktes, ist auf Seiten Chinas von einer Unversöhnlichkeit gekennzeichnet, die die Genugtuung, ohne fremde Hilfe die Krisen der letzten Jahre überwunden zu haben, ebenso widerspiegelt wie die Kompromißlosigkeit des chinesischen Standpunktes, die keine andere Lösung der Differenzen als die eines sowjetischen Schuldgeständnisses zuläßt. Das konsequente Vorgehen Chinas erfolgte ohne Rücksichtnahme auf eigene Positionen, wie der Verlust des Einflusses Chinas im Weltkommunismus<sup>25</sup> und als Ergebnis seiner „revolutionären“ Außenpolitik in Afrika<sup>26</sup> und Asien<sup>27</sup> Mitte der sechziger Jahre beweisen. Der Verfolg einer „revolutionären“ Außenpolitik ist dabei als bewußte Distanzierung von der sowjetischen Politik der „friedlichen Koexistenz“ zu werten, doch trotz der erlittenen Rückschläge war China nicht bereit, den sowjetischen Weg nachzuvollziehen.

Auch die Amerikapolitik Chinas war in dieser Phase von unveränderter Unversöhnlichkeit gekennzeichnet, während es in Ost- wie Westeuropa versuchte, Einfluß zu nehmen: In Osteuropa versuchte China mit Hilfe seiner diplomatischen Vertretungen prochinesische Fraktionen für sich zu gewinnen, wobei insbesondere die DDR, aber auch Polen und Bulgarien zu erwähnen sind<sup>28</sup>. In offensichtlicher Unkenntnis — oder sollte es die Absicht gewesen sein, latente Unzufriedenheiten zu wecken? — der Abhängigkeit dieser Staaten von Moskau mußte China auch hier Fehlschläge hinnehmen, seine diplomatisch-politischen Aktivitäten in Osteuropa auf ein Mindestmaß reduzieren<sup>29</sup> und wurde im Zuge der sowjetischen

<sup>24</sup> China wirtschaftliche Situation befand sich damals wohl in der schwersten wirtschaftlichen Krise seit 1949 überhaupt. S. dazu den Beitrag von Udo Weiß in diesem Heft.

<sup>25</sup> Als Folge des vehementen Auftretens gegen Moskau, das seinen stärkeren Einfluß geltend machte, um China aus den Organisationen des Weltkommunismus auszuschalten. Siehe dazu Gittings, John: *Survey of the Sino-Soviet Dispute*, a.a.O., bes. S. 204—229.

<sup>26</sup> Nachdem China zunächst durch Unterstützung beispielsweise der algerischen Befreiungsbewegung und Parteinahme im Kongokonflikt Stimmen für sich gewinnen konnte, mußte es nach der spektakulären Reise Chou En-lais nach Afrika zur Jahreswende 1963/64 eine Reihe von Rückschlägen hinnehmen, die sämtliche Positionen kostete. Siehe dazu u. a. Larkin, Bruce: *China and Africa 1949—1970*. London 1971 sowie meine Ausarbeitung: *Die Volksrepublik China und der Nahe Osten. Revolution, Erdöl und der Konflikt mit Moskau in der Außenpolitik Pekings*. Internationales Afrikaforum 1974, Nr. 1, S. 58—72.

<sup>27</sup> Hier sind v. a. die Beziehungen mit dem Indonesien Sukarnos zu erwähnen, die nach einem Höhenflug ebenfalls mit einem Mißerfolg für Peking — nach dem Putsch vom 30. September 1965 — endeten. Siehe dazu Dake, A. C. A.: *In the Spirit of the Red Banten* (Anm. 2).

<sup>28</sup> Siehe dazu Osten, Walter: *Moskau, Peking und die SED*. Osteuropa 1964, Nr. 6, S. 447—456, sowie ders.: *Der Konflikt Moskau—Peking und seine Auswirkungen auf den Weltkommunismus*. Osteuropa 1964, Nr. 7/8, S. 500—515.

<sup>29</sup> Beispielsweise wurde die chinesische Botschaft in Ost-Berlin als Folge dieser Entwicklung von einem Volkspolizisten bewacht, der sämtliche Besucher kontrollierte. So Hager in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 28. 8. 1963, nach Osten, Walter: *Peking, Moskau und die SED*, a.a.O.; siehe dazu auch meine Darstellung in: *Gelber Drache — Schwarzer Adler. Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen*, a.a.O. S. 175 ff.



Kritik an China zudem Objekt andauernder antichinesischer Polemik der Staaten des Sowjetblocks<sup>30</sup>.

Gegenüber Westeuropa versuchte China in jener Phase seine Position auszubauen und bemühte sich um offizielle Kontakte. Einen ersten Erfolg dahingehend stellt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Frankreich — als erstem NATO-Partner der USA — im Januar 1964 dar<sup>31</sup>, ein zweiter Schritt wurde mit einer Handelsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik und China angestrebt, konnte jedoch — nicht zuletzt aufgrund der bundesdeutschen Abhängigkeit von den USA — nicht realisiert werden<sup>32</sup>.

Der zweite Abschnitt dieser Phase war von den Auswirkungen der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ auf die chinesische Politik gekennzeichnet, die für das Verhältnis zur Sowjetunion eine weitere Radikalisierung und damit eine Verschlechterung der bilateralen Beziehungen<sup>33</sup>, im Hinblick auf die Außenpolitik allgemein aber eine Abstinenz als Folge der Konzentration auf innere Vorgänge mit sich brachte<sup>34</sup>. Abgesehen von Positionsgewinnen in Afrika, deren Auswirkungen erst später deutlich werden sollten, war die Rivalität zwischen China und der UdSSR auf internationaler Ebene in dieser Phase von der absoluten sowjetischen Überlegenheit gekennzeichnet. Die sowjetischen Bestrebungen, China in eine isolierte Position zu bringen, schienen erfolgreich und wurden indirekt durch die chinesische Politik unterstützt<sup>35</sup>.

Die vierte Phase der Beziehungen Peking–Moskau war von dem Durchbruch in die Weltpolitik und damit der „Emanzipation“ Chinas gegenüber der UdSSR gekennzeichnet. Das dieser Entwicklung zugrunde liegende Ereignis war die Intervention der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR, verbunden mit der Aufstellung der „Breschnew-Doktrin“ der begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten, auf die im nächsten Abschnitt noch eingegangen wird.

Nach außen hin vollzog sich mit der Aufnahme direkter Kontakte zwischen Peking und Washington — als deren Folge die internationale Anerkennung Chinas und die Aufnahme in die Vereinten Nationen im Oktober 1971 gesehen werden müssen — unter dem Aspekt, daß China unter Ausnutzung des Ost-West-Konfliktes und die USA unter Ausnutzung der sino-sowjetischen Differenzen ein Zweckbündnis mit den USA zum Schutze seiner eigenen Interessen eingingen<sup>36</sup>, das zugleich die

<sup>30</sup> Die mittlerweile Bände füllende Polemik der Staaten des Sowjetblocks hält sich dabei in Ton und Richtung genau an das von der Sowjetunion vorgegebene Verhaltensmuster.

<sup>31</sup> Am 27. Januar 1964; dieser Schritt ist sowohl als Demonstration der Unabhängigkeit Frankreichs gegenüber den USA wie der Chinas gegenüber der Sowjetunion zu werten, ohne daß sich jedoch die von beiden Seiten hochgespannten Erwartungen im Zusammenhang mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen erfüllten.

<sup>32</sup> Siehe dazu im einzelnen die Darstellung von Majonica, Ernst: Bonn–Peking. Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Volksrepublik China. Stuttgart 1971.

<sup>33</sup> Unmittelbar ausgelöst durch eine eskalierende Polemik und durch Zwischenfälle in Peking, die sich auch gegen sowjetische Diplomaten richteten. Siehe dazu Gittings, John: Survey of the Sino-Soviet Dispute, a.a.O. (Anm. 2) S. 276 ff.

<sup>34</sup> China hatte während der Kulturrevolution alle Botschafter, außer dem in Ägypten und dem in Albanien, abgezogen.

<sup>35</sup> Dabei ist es sicherlich falsch, von einer Selbstisolierung Chinas zu sprechen, da die Konzentrierung auf die inneren Angelegenheiten dies zwar praktisch zur Folge hatte, jedoch von China nicht unbedingt angestrebt war.

<sup>36</sup> Diese These wird nicht nur durch die Entwicklung der chinesischen Außenpolitik seither



Lösung der seit der Verhängung des China-Embargos bestehenden Chinafrage mit sich brachte. Diese Entwicklung bedeutete für die Sowjetunion einen erheblichen Rückschlag, da China seither gleichberechtigt in allen internationalen Gremien Sitz und Stimme hat<sup>37</sup>.

Gegenüber der früheren Außenseiterrolle hat diese Aufwertung auf internationaler Ebene aber auch negative Auswirkungen mit sich gebracht, da China damit zur konstruktiven Mitarbeit veranlaßt und auch gezwungen ist, sich in Fragen festzulegen, in denen es bisher u. a. bequemer war, Kritik zu üben, ohne selbst Verantwortung tragen zu müssen<sup>38</sup>.

Grundsätzlich ist diese bislang letzte Phase davon gekennzeichnet, daß China zum erstenmal seit dem Eindringen der europäischen Seemächte in die chinesische Hemisphäre in der Mitte des 19. Jahrhunderts als gleichberechtigter Staat der internationalen Gemeinschaft (und damit auch gegenüber der UdSSR) angesehen und behandelt wird. Die Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist die danach, ob China dieser Situation gerecht werden und entsprechend handeln wird und will. Eine Antwort darauf kann derzeit noch nicht gegeben werden, doch spricht manches dafür, daß die chinesische Politik auch der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht mit westlichen Maßstäben gemessen werden kann, wenn man ihr gerecht werden will. Das aber – und nicht die Perzeption europäisch-amerikanischer oder sowjetischer Vorstellungen – muß das eigentliche Anliegen einer internationalen Politik sein, deren Ziel ein friedliches Mit- oder zumindest Nebeneinander aller Staaten ist.

#### IV. Zu den Auswirkungen des Konfliktes

Die Auswirkungen der Differenzen zwischen China und der UdSSR sind ungemein vielschichtig und von äußerst komplexer Natur, zumal sie sich auf verschiedenen Ebenen verschiedenartig äußerten. Eine zusammenfassende Darstellung wie diese muß sich zunächst an zwei Bereichen – dem interkommunistischen und dem internationalen – orientieren, die dann einer weiteren Differenzierung bedürfen, wobei zugrunde zu legen ist, daß die Auswirkungen auch in diesen Bereichen in den verschiedenen Phasen der Auseinandersetzung unterschiedlich waren.

und einschlägige Äußerungen chinesischer führender Politiker, sondern auch durch Gespräche gestützt, die Edgar Snow mit Mao Tse-tung und Chou En-lai vor Beginn dieser neuen Phase der chinesischen Außenpolitik führte. Siehe dazu Snow, Edgar: *Die lange Revolution*. Stuttgart 1973, S. 197 f., 211 f., 264 f.

<sup>37</sup> Die Politik, die China dabei vertritt, ist die eines konsequenten antisowjetischen Kurses. Gesamtdarstellungen zur Politik Chinas in den Vereinten Nationen, die den jüngsten Zeitraum umfassen, fehlen bisher. Vgl. die folgenden Einzeldarstellungen von Glaubitz, Joachim: *Die Rolle der Volksrepublik China in den Vereinten Nationen*. In: *Die Außenpolitik Chinas*. München 1975, S. 221–233, sowie Linde, Gerd: *Pekings erstes Veto*. Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1972, Nr. 45.

<sup>38</sup> Dies betrifft sowohl das Verhalten Pekings im Nahostkonflikt wie auch in der Krise um Bangladesch im Dezember 1971. Siehe dazu Groeling, E. v.: *Moskau, Peking und der Krieg zwischen Indien und Pakistan*. Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 1972, Nr. 6.



## 1. Die Auswirkungen auf den Weltkommunismus

Der Beginn offen ausgetragener Differenzen zwischen den beiden größten kommunistischen Staaten markiert das Ende einer Ära, die noch gar nicht so richtig begonnen hatte: Die Einheit des Weltkommunismus – sprich die uneingeschränkte Führung der UdSSR gegenüber allen sozialistischen Staaten – als Ergebnis der zielbewußten Politik sowjetischen Führung der Nachkriegsära mit enormem Aufwand durchgesetzt und nach den Unruhen in Ostdeutschland 1953 sowie Polen und Ungarn 1956 mit Mühe wieder hergestellt, war mit den offenkundigen und zumindest für den Moment überbrückbaren Gegensätzen zwischen der chinesischen und sowjetischen Führung auf absehbare Zeit nicht mehr gegeben.

Das Ende der Einheit des Weltkommunismus als unmittelbare Folge des Konfliktes Peking–Moskau ist die vielleicht entscheidendste Auswirkung dieses Konfliktes überhaupt. Dies gilt auch und besonders dann, wenn man berücksichtigt, daß diese „Einheit“ auf nichts anderem beruhte als auf der militärischen Überlegenheit Moskaus gegenüber den anderen sozialistischen Staaten, wozu die Möglichkeit der politischen Einflußnahme und wirtschaftlichen Ausbeutung kam. Aus dieser Sicht war der Konflikt zwischen Peking und Moskau demonstratives Zeichen dafür, daß Peking nicht gewillt war, sich dem sowjetischen Führungsanspruch zu unterwerfen – weder in ideologisch-politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Hinsicht.

Tatsächlich zog dieser Konflikt nicht unmittelbar die Spaltung des Weltkommunismus in zwei Lager nach sich, sondern führte zunächst zu einer weitergehenden Isolierung Chinas, als dies durch die Verhängung des China-Embargos durch die USA bereits gegeben war. Die Vorstellung der Entstehung von zwei Lagern im Weltkommunismus ist insofern falsch, da sie von falschen Voraussetzungen ausgeht: Durch die Kritik Chinas an der UdSSR stellte sich China selbst außerhalb des sowjetischen Machtbereiches, ohne jedoch zunächst in der Lage zu sein, sich eine eigene Einflußsphäre aufzubauen, weder außerhalb noch innerhalb der kommunistischen Einflußsphäre.

Dies bedeutet allerdings nicht, daß China nicht versucht hätte, seine eigene Einflußsphäre auszuweiten – im Gegenteil: Bereits seit Anfang der sechziger Jahre unternahm China über seine diplomatischen Vertretungen in Osteuropa intensive Bemühungen, einzelne Politiker oder Gruppierungen für sich einzunehmen, „prochinesische Fraktionen“ innerhalb der Einheitsparteien des Sowjetblocks zu bilden<sup>39</sup>. Diese Versuche mußten scheitern, vor allem aus zwei Gründen: Zum einen verkannte China offensichtlich den Grad der Abhängigkeit dieser Staaten von Moskau. Lediglich eine Stimmenthaltung einer der Staaten im Chor der antichinesischen Polemik hätte das durch den „Abfall“ Pekings alarmierte Moskau mißtrauisch und in den Reaktionen unberechenbar machen müssen: Unbedingte Linientreue zum sowjetischen Standpunkt im Streit mit Peking mußte zum politischen Handwerkszeug der osteuropäischen Parteifunktionäre gehören. Zum anderen verkannte China – wie auch bei seiner Politik gegenüber den Entwicklungsländern – seine Attraktivität: Viel mehr außer ideologischen Leitlinien und Ratschlägen zur Selbsthilfe hatte das China der sechziger Jahre nicht zu geben. Wirtschaftlich von den Folgen des „Großen Sprungs nach vorn“ gekennzeichnet

<sup>39</sup> Siehe dazu Anm. 28.



und militärisch hoffnungslos unterlegen, konnte China letztlich keine Alternativen anbieten.

Dennoch ist die Auswirkung der Fehde der chinesischen Führer mit den sowjetischen nicht gering zu schätzen: Mit seinem Alleingang selbst auf Kosten der eigenen Entwicklung hatte China ein in den sowjetischen Augen gefährliches Beispiel geliefert. Gefährlich deshalb, weil es die Grenzen der sowjetischen Macht aufgezeigt hatte und unter Umständen Nachfolger ermutigen könnte. Die offene Parteinahme Chinas für die Rechte der osteuropäischen Staaten gegenüber der UdSSR, die demonstrative Verurteilung von COMECON und Warschauer Pakt<sup>40</sup>, die Unterstützung einer „Stalin-Gruppe“<sup>41</sup> in der Sowjetunion und einer „Polnischen Exil-KP“<sup>42</sup> durch China trafen wunde Punkte der sowjetischen Osteuropapolitik. Und es ist nicht von der Hand zu weisen, daß sich kommunistische Funktionäre Osteuropas ob der unversöhnlichen Kritik Pekings an Moskau nicht insgeheim befriedigt zeigten, entsprachen die chinesischen Vorwürfe doch weitgehend den Tatsachen<sup>43</sup>.

Die Aktivitäten Chinas auf allen Ebenen mit der Zielsetzung, den Einflußbereich Moskaus im Sowjetblock zu mindern — wozu auch das Bündnis mit Albanien gehörte<sup>44</sup> —, blieben ohne offenkundige Auswirkungen: Peking wurde mit nur geringfügigen Unterschieden von allen Staaten des Sowjetblocks im Tenor der sowjetischen Kritik publizistisch attackiert, die zwischenstaatlichen Beziehungen wurden auf ein Minimum reduziert und die innerparteilichen Kontakte de facto abgebrochen<sup>45</sup>. Dieser politischen Distanzierung entsprach auch eine wirtschaftliche, wie aus dem Verfolg der Handelsbilanz Chinas mit den Staaten des Sowjetblocks hervorgeht: Seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre erfolgte eine Verlagerung des Schwerpunktes im chinesischen Außenhandel auf Japan und andere westlich orientierte Staaten, darunter vor allem die Bundesrepublik Deutschland.

Im Zusammenwirken mit dem China-Embargo der USA, einer weitgehenden Selbstbeschränkung der Außenpolitik Chinas und vor allem durch die Ereignisse der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ seit 1965 war es der UdSSR gelungen, Chinas Einfluß im Weltkommunismus ebenso wie in der Weltpolitik relativ gering zu halten, während Moskau eine Politik der Öffnung nach allen Azimuten betrieb — eine Politik, zu deren Zielsetzungen es auch gehörte, China zu isolieren.

Eine Änderung der dadurch bedingten Konstellation ergab sich erst nach der Kulturrevolution Anfang der siebziger Jahre und ist als Folge der Reaktion Chinas

<sup>40</sup> Siehe dazu im einzelnen meine Darstellung: Europa im Wandel der Außenpolitik Chinas. Politische Studien. München, Nr. 211, Sept./Okt. 1973, hier S. 489 f.

<sup>41</sup> Ebd., vgl. dazu u. a. Peking Rundschau 1968, Nr. 20.

<sup>42</sup> Diese Partei wurde am 4. Dezember 1965 gegründet; vgl. Hsinhua 21. 8. 1968 sowie Dziejwanowski, K.: Communist China and Eastern Europe. Survey Nr. 77 (Herbst 1970), S. 59–74.

<sup>43</sup> Die von China erhobenen Vorwürfe im Hinblick auf eine „ausbeuterische Politik“ der Sowjetunion wurde nicht zuletzt durch Stellungnahmen aus der CSSR vor der Intervention bestätigt.

<sup>44</sup> Siehe dazu im einzelnen den Artikel von Hans Pause in diesem Heft.

<sup>45</sup> Wenn auch seit der Kulturrevolution eine Reaktivierung der innerstaatlichen Beziehungen festzustellen ist, so hatte diese keine Auswirkungen auf die nach wie vor eingefrorenen Beziehungen zwischen den Parteien.



auf eine Entwicklung im interkommunistischen Bereich — die CSSR-Krise — zurückzuführen. Die Bedeutung der CSSR-Krise liegt dabei nicht im Bereich der inneren Entwicklung der CSSR, sondern vielmehr in der Bedrohung, die China durch die Formulierung jener „Breschnew-Doktrin“ der begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten für sich ableitete: Aus der Sicht Pekings hatte sich die UdSSR seit längerem auf einen präventiven Schlag gegen China vorbereitet, und die Propagierung der Breschnew-Theorie stellte für China ein Alarmsignal sondergleichen dar<sup>46</sup>. Die Reaktion darauf bestand in einer Aufgabe der bisherigen Amerika-Politik, in einer gezielten Annäherung an die USA bei gleichzeitiger allgemeiner Reaktivierung der Außenpolitik mit dem alleinigen Ziel, damit die Exklusivität der amerikanisch-sowjetischen Kontakte zu durchbrechen und sich seinerseits gegenüber der UdSSR durch Beziehungen mit den USA abzusichern. In diesem Punkt überschneiden sich die Auswirkungen des Konflikts auf den Weltkommunismus mit dem auf die internationale Politik und markieren einen entscheidenden Einschnitt sowohl für den Konflikt selbst als auch für die internationale Politik des zwanzigsten Jahrhunderts.

Ungeachtet dessen, ob die chinesischen Befürchtungen im Hinblick auf die sowjetischen Absichten gerechtfertigt waren oder nicht — und sprach man nicht noch im Sommer 1971 von einer Balkankrise?<sup>47</sup> —, so ist unbestritten, daß beispielsweise Rumänien eben gerade wegen des Konfliktes Peking—Moskau seine Sonderbeziehungen innerhalb des Sowjetblocks zu den USA aufbauen konnte<sup>48</sup>, während Jugoslawien seinerseits den jahrzehntelangen Konflikt mit China 1969 beilegte und gemeinsam mit Peking und Bukarest die Notwendigkeit der „Souveränität der sozialistischen Staaten“ hervorhob<sup>49</sup>.

Damit sind die Auswirkungen des sino-sowjetischen Konfliktes auf den Weltkommunismus weniger vom Ausbruch dieses Konfliktes als vielmehr durch dessen qualitative Veränderung seit dem Ende der Kulturrevolution bestimmt. Durch die Aufnahme in die internationale Gemeinschaft als Folge der amerikanisch-chinesischen Annäherung hat China ungleich mehr Möglichkeiten, seine antisowjetische Politik zu propagieren und seine Einflußsphäre auszubauen. Wegen seines gestiegenen weltpolitischen Ansehens ebenso wie durch sein wirtschaftliches und militärisches Potential ist das China von heute für die UdSSR ein ungleich gefährlicherer Kontrahent als am Anfang der sechziger Jahre. Ganz offensichtlich

<sup>46</sup> Zur Reaktion Chinas siehe Meissner, Boris (Hrsg.): Die Breschnew-Doktrin. Köln 1969, S. 170—188, sowie die diesbezüglichen Dokumente in: Fabritzek, Uwe G. / Meissner, Boris: Volksrepublik China — Sowjetunion 1964—72. Anm. 27, S. 150—350.

<sup>47</sup> Aufgrund der guten Beziehungen Chinas zu Albanien und dem Ausbau der Kontakte zu Rumänien sowie der Normalisierung der Beziehungen zu Jugoslawien war diese „Balkan-Krise“ entstanden, wobei die betroffenen Staaten offensichtlich mit einer direkten militärischen Intervention der Sowjetunion rechneten. S. auch Anm. 49.

<sup>48</sup> Dies gilt auch für die Beziehungen Rumäniens zu China unmittelbar. Siehe dazu die Rede Chou En-lais beim Empfang der rumänischen Partei- und Regierungsdelegation im Juni 1971. In: Fabritzek/Meissner: Volksrepublik China — Sowjetunion, a.a.O. S. 281 f.

<sup>49</sup> So anläßlich des Besuches von Rumäniens Partei- und Regierungschef Ceausescu im Juni 1971 in Peking (siehe dazu New China News Agency vom 8. 6. 1971) und beim Besuch von Jugoslawiens Außenminister Tepavac ebenfalls im Juni 1971 (siehe dazu New China News Agency 11. 6. 1971 und 5. 6. 1971). S. auch: Die Außenpolitik Chinas. München 1975, S. 257—286.



besteht die Strategie Chinas darin, zusammen mit den westlich-kapitalistischen Staaten auf der einen und mit den Entwicklungsländern auf der anderen Seite gegen die sowjetische Politik anzutreten, wobei China heute in der Lage ist, auch als Entwicklungshilfegeber mit den Großmächten zu konkurrieren und das Instrument Entwicklungshilfe auch als Mittel der Politik einzusetzen weiß. Damit besteht für die UdSSR durchaus die Gefahr, daß China in absehbarer Zeit zu seinem gefährlichsten Gegner werden könnte, doch soll auf diese Perspektive im letzten Abschnitt dieser Darstellung eingegangen werden.

## **2. Die Auswirkungen auf die internationale Politik**

Bei einer Untersuchung der Frage nach den Auswirkungen des Konfliktes Peking—Moskau auf die internationalen Beziehungen muß zunächst eine Einteilung dieser „internationalen Politik“ vorgenommen werden, wobei der Einfachheit halber und entsprechend dem zusammenfassenden Charakter dieser Darstellung lediglich zwischen den Beziehungen der sozialistischen Staaten mit jenen der industrialisierten nichtkommunistischen (Ost-West-Beziehungen) und denen der industrialisierten zu den nichtindustrialisierten Staaten (Nord-Süd-Beziehungen) unterschieden werden soll.

### **Die Ost-West-Beziehungen**

Bis zum Ende der sechziger Jahre hatten die Differenzen zwischen China und der UdSSR keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Ost-West-Beziehungen genommen. Dieser an sich erstaunliche Sachverhalt — davon ausgehend, daß der Konflikt eine Schwächung des kommunistischen Lagers impliziert, wären Versuche der Ausspielung der Differenzen durch den Westen zumindest denkbar gewesen — ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen: Da ist zum einen das Unverständnis des Westens gegenüber diesem Konflikt, das aus einer Unsicherheit über den Charakter dieser Auseinandersetzungen resultierte. Dazu müssen die Spuren berücksichtigt werden, die jene antikommunistische Hysterie (McCarthyismus) als Folge der für die USA so unerwarteten Verschiebung des Kräftegleichgewichts und Ausweitung des sowjetischen Machtbereiches in Europa<sup>50</sup> und in Asien<sup>51</sup> darstellte. Der Eindruck eines China, das sich als verlängerter Arm und Aufmarschgebiet sowjetischer Kräfte zugleich erwiesen hatte und deshalb als gefährliche Bedrohung der amerikanischen Positionen empfunden wurde, hatte sich zu tief eingepreßt, um lediglich durch das Aufflammen zunächst ideologisch begründeter Differenzen zwischen den beiden kommunistischen Staaten zu einer Änderung der Haltung des Westens, d. h. der USA, zu führen. Schließlich hatte auch China selbst mit seiner Politik gegenüber dem „imperialistischen“ Westen, seiner „revolutionären“ Außenpolitik bis Anfang der sechziger Jahre nicht dazu beigetragen, die Vorstellung eines „aggressiven China“ zugunsten der Anerkennung einer „Friedenspolitik“ zu verdrängen.

<sup>50</sup> Durch die Ablösung der nationalen Regierungen und die Schaffung von „Volksdemokratien“ in Osteuropa ebenso wie durch den Bürgerkrieg in Griechenland und die Berlin-Krise 1948/49.

<sup>51</sup> In diesem Sinne wurden sowohl der Sieg des Kommunismus in China, v. a. aber der Ausbruch des Koreakrieges am 26. Juni 1950, die Invasion in Tibet und der Sieg der Vietnamesen über Frankreich 1954 in Indochina gewertet.



Das Zusammenwirken dieser Faktoren hatte letztlich dazu geführt, daß die Ost-West-Beziehungen, gekennzeichnet durch den „Kalten Krieg“, trotz der zunehmenden Vehemenz der Auseinandersetzung zwischen Peking und Moskau nicht zu einer Verschiebung des internationalen Gleichgewichtes, beispielsweise durch eine Annäherung zwischen Peking und Washington, China stattdessen zunehmend in eine, von Moskau durchaus gewünschte Isolation geführt hatte. Selbst als die Politik des „Kalten Krieges“ sich seit Mitte der sechziger Jahre ob ihrer Erfolglosigkeit zunehmend als unzulänglich erwiesen hatte und in Ost und West nach neuen Wegen gesucht wurde, erfolgte dies zunächst ohne Einbeziehung der Volksrepublik China, da diese sich im Rahmen der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ zunehmend auf ihre inneren Angelegenheiten konzentrierte und von der Außenpolitik zurückzog.

Wie sehr die Einbeziehung des Faktors China in die Weltpolitik von der Politik der Volksrepublik selbst abhing, wird dadurch deutlich, daß diese Einbeziehung und damit eine Veränderung der weltpolitischen Situation erst im Zusammenhang mit einer Entwicklung erfolgte, die China von der Notwendigkeit der Abkehr von seiner bisherigen Außenpolitik überzeugte und es eine Annäherung an den Westen suchen ließ. Das Schlüsselereignis, das China diese Erkenntnis vermittelte, war jene bereits mehrfach erwähnte „Breschnew-Doktrin“ von der begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten: Erst als sich die Überzeugung der Notwendigkeit einer Absicherung bei den USA gegenüber militärischen Aktionen der UdSSR in der chinesischen Führung durchgesetzt hatte, erfolgte jene Kursänderung der chinesischen Außenpolitik, die den Eintritt Chinas in die Weltpolitik, die Aufnahme in die Vereinten Nationen und damit die Emanzipation gegenüber der UdSSR zur Folge hatte.

Die Einflußnahme Chinas auf die Weltpolitik seither hatte ganz erhebliche Veränderungen der Ost-West-Beziehungen und der internationalen Politik zur Folge, deren Ausmaße noch nicht abzusehen sind: Allein die Tatsache, daß China seit 1971 seine Ansichten zu allen internationalen Fragen in allen Gremien der Vereinten Nationen vorbringen kann, trägt zu einer erheblichen Veränderung der bis dato durch die amerikanisch-sowjetische Bipolarität gekennzeichneten Konstellation bei. Daß China sich dabei stets als vehementer und kompromißloser Kritiker der sowjetischen Politik zeigte und stets eher bereit war, mit den USA gegen die UdSSR zu stimmen als mit dieser, trug zusätzlich zur Ablösung dieser Bipolarität bei, ohne jedoch eine Tripolarität zur Folge zu haben: zu kontrovers ist die Haltung Chinas zu einzelnen internationalen Problemen, als daß sich damit ein dritter „Block“ unter chinesischer Vorherrschaft hätte bilden können<sup>52</sup>.

Als unversöhnlicher Kritiker der Politik der Entspannung trägt China zu einer Diversifizierung der Lager bei: Die Bemühungen Chinas sind eindeutig darauf abgestellt, die Entspannung als rein verbale Neuauflage der unveränderten sowjetischen Politik – zum Zwecke der Stärkung der sowjetischen Hegemonie – zu disqualifizieren und allen Entspannungsgegnern aus chinesischer Sicht den Rücken zu stärken. Ungeachtet, ob China mit dieser Politik Erfolg haben kann – am Bei-

<sup>52</sup> Dies betrifft sowohl die Haltung Chinas im Bangladesch-Konflikt wie auch im Nahost-Konflikt und in der Zypernfrage, mit der sich China praktisch „zwischen die Stühle“ setzte, da es entsprechend seinen nationalen Interessen, nicht aber den ideologischen Grundlagen des Maoismus handelte. S. Anm. 38.



spiel der Bundesrepublik ist dies zu bezweifeln<sup>53</sup> —, so tragen die chinesischen Initiativen doch erheblich dazu bei, daß die sowjetischen wie die amerikanischen Argumente von den einzelnen Staaten kritisch überprüft werden, nimmt China damit Anteil am Meinungsbildungsprozeß und dient, wenn auch ungewollt, der besseren Fundierung der einzelnen Schritte dieser Politik<sup>54</sup>.

Zusammenfassend können die Auswirkungen des Konfliktes Peking—Moskau auf die Ost-West-Beziehungen dahingehend charakterisiert werden, daß China seit 1971 unter Ausnutzung des Ost-West-Gegensatzes eine Amerika-Politik verfolgte, die nur aus der Entwicklung des sino-sowjetischen Verhältnisses heraus verständlich ist und die durch das Mitspracherecht Chinas in allen internationalen Angelegenheiten eine qualitative Veränderung des Ost-West-Verhältnisses sowie die Ablösung der Bipolarität in der Weltpolitik nach sich zog. Die kategorisch anti-sowjetische Haltung Chinas hatte zudem eine Vergrößerung der Meinungsvielfalt wie des Einflusses Chinas zur Folge, deren Auswirkungen noch nicht absehbar sind. Sie werden im wesentlichen von der Kontinuität der bisherigen chinesischen Politik und der weiteren Entwicklung des Nord-Süd-Konfliktes wie der Ost-West-Beziehungen abhängen.

### Die Nord-Süd-Beziehungen

Die Auswirkungen des sino-sowjetischen Konfliktes auf die Beziehungen zu den nicht-industrialisierten Staaten der Dritten Welt sind davon gekennzeichnet, daß China bereits vor und unmittelbar nach dem Ausbruch des Konfliktes zielstrebig versuchte, sich bei diesen Staaten eine eigene Einflußsphäre zu schaffen. Diese Politik — allgemein als Phase der „revolutionären“ Außenpolitik Chinas bezeichnet — beinhaltete in Afrika eine aktive Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen<sup>55</sup>, u. a. eine unmittelbare Einflußnahme im Kongo-Konflikt<sup>56</sup>, schlug jedoch trotz immenser Bemühungen — Chou En-lai reiste 1963/64 selbst nach Afrika<sup>57</sup> — fehl. Afrika war eben noch nicht „reif für die Revolution“ — zumindest nicht für eine Revolution nach chinesischem Muster. Im Hinblick auf Asien konnte China in dieser Phase das Indonesien Sukarnos für sich gewinnen, mit ihm ehrgeizige Projekte wie die einer Gegen-Olympiade und einer Gegen-UNO verfolgen<sup>58</sup>. Doch auch diese Politik endete mit einem Mißerfolg und einem Verlust der chinesischen Position, als Folge des Putsches am 30. Dezember 1965 in Indonesien<sup>59</sup>.

Das Ziel dieser Politik, die Schaffung einer chinesischen Einflußsphäre, stand unter antisowjetischer Zielsetzung, da China dadurch gleichzeitig das kommunistische

<sup>53</sup> Dies gilt auch angesichts der offensichtlich vorhandenen Affinität zwischen der CSU Franz-Josef Strauß' und Mao Tse-tung: Zu ungleich ist das Kräfteverhältnis, zu unbedingt die Integration der Bundesrepublik in das Bündnis der NATO. Letztlich hat auch China mit der Würdigung des Besuches von Bundeskanzler Schmidt im November 1975 diesen Sachverhalt anerkannt.

<sup>54</sup> Dies gilt v. a. im Hinblick auf die KSZE, in dessen Verlauf die chinesische Argumentation — wengleich nicht verbal in den Abschlusdokumenten manifestiert — Gehör fand und entsprechend berücksichtigt wurde.

<sup>55</sup> Siehe dazu Anm. 26.

<sup>56</sup> Ebenda sowie meine Ausarbeitung: Die Volksrepublik China und der Nahe Osten. Internationales Afrikaforum. 1974, Nr. 1, S. 58—72.

<sup>57</sup> Ebenda sowie Anm. 26.

<sup>58</sup> Siehe Anm. 27.

<sup>59</sup> Ebenda.



Lager sowie die Position der Sowjetunion zu schwächen versuchte. In dieser ungleichen Auseinandersetzung mußte China den kürzeren ziehen: Zu groß war die wirtschaftliche Übermacht Moskaus, die sie durch Entwicklungs- und Militärhilfe zur Durchsetzung seiner Ziele einsetzen konnte, die wiederum eindeutig anti-chinesischen Charakter trugen<sup>60</sup>.

Diesen Mißerfolgen folgte eine Phase, die von den Auswirkungen der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ gekennzeichnet war und die ein völliges Umdenken der chinesischen Politik gegenüber den Entwicklungsländern nach sich zog: China machte aus der Not eine Tugend, verzichtete auf den Aufbau einer eigenen Einflußsphäre mit Hilfe des Einsatzes von Militär- und Wirtschaftshilfe, entwickelte statt dessen neue Richtlinien für die chinesische Auslandshilfe<sup>61</sup> und leistete fortan Entwicklungshilfe, die den eigenen Möglichkeiten entsprach: Es lieferte keine Industriebetriebe, baute statt dessen Straßen und bohrte Brunnen, ohne diese Hilfe mit politischen Bedingungen zu verknüpfen<sup>62</sup>.

Diese Politik, die auch während der Kulturrevolution fortgesetzt wurde, erhielt nach 1969 einen neuen Impetus dahingehend, als sich herausstellte, daß China damit ein enormes politisches Kapital bei den jungen Staaten, vor allem Afrikas, hatte gewinnen können, das auch weltpolitisch relevant war: Nach langen Jahren der sowjetischen Überlegenheit im Bereich der Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt hatte sich Anfang der siebziger Jahre diese Situation grundlegend geändert: China ist heute dank seiner geschickten Entwicklungshilfe gegenüber der UdSSR in einer ungleich besseren Position als Anfang der sechziger Jahre und tritt als ernstzunehmender Rivale gegenüber Moskau bei den Ländern der Dritten Welt auf<sup>63</sup>.

So sehr es sich für China dabei als vorteilhaft erwiesen hatte, daß es in der Vergangenheit als Nichtmitglied der internationalen Organisationen dort weder Sitz noch Stimme hatte und somit auch nicht Stellung beziehen konnte, so erwies sich die Aufnahme in die UNO zumindest teilweise als Nachteil: Die konsequente Vertretung der chinesischen Positionen beispielsweise beim Bangladesch-Konflikt 1971<sup>64</sup> oder beim Nahostkonflikt seit 1973<sup>65</sup> bringt auch für Peking die Gefahr mit sich, daß seine Politik entideologisierend wirkt, zumal die chinesische Außenpolitik nicht rein ideologisch, sondern auf pragmatische Zielsetzungen ausgerichtet ist<sup>66</sup>.

<sup>60</sup> Dies gilt vor allem für die erste Hälfte der sechziger Jahre und während der Kulturrevolution; seit der Kulturrevolution zeigte sich jedoch, daß China trotz einer geringeren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit mit seiner Entwicklungshilfe durchaus mit Moskau gleichziehen konnte.

<sup>61</sup> Siehe dazu: Thesen über chinesische Auslandshilfe. China Report, Wien, 1974, Nr. 18, S. 5–10.

<sup>62</sup> Siehe dazu im einzelnen Bartke, Wolfgang: Die Wirtschaftshilfe der Volksrepublik China. Hamburg 1972; sowie derselbe: Die Wirtschaftshilfe der VR China. China aktuell, Hamburg, August 1974, S. 486–498.

<sup>63</sup> Dies zeigte u. a. das Abstimmungsergebnis bei der Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen am 25. Oktober 1971. Siehe dazu Fabritzek, Uwe G.: Peking in der UNO. Internationales Asienforum 1972, Nr. 1, S. 79–89.

<sup>64</sup> Siehe Anm. 38.

<sup>65</sup> Siehe dazu Fabritzek, Uwe G.: China und der Nahe Osten. Internationales Afrikaforum, München 1974, Nr. 1, S. 58–72.

<sup>66</sup> Peking muß hier die gleichen Erfahrungen machen wie die Sowjetunion und muß sich dabei die gleichen Vorwürfe machen lassen, die es früher gegen Moskau erhoben hatte.



Auch für diesen Bereich ist eine abschließende Bewertung nicht möglich; zwar kann subsumiert werden, daß die Politik Chinas auch im Rahmen des Nord-Süd-Konfliktes zu einer Aufbrechung der Einflußbereiche der USA wie der UdSSR geführt hat und daß damit die Meinungspluralität auch unter dem Eindruck der Energiekrise als Folge des jüngsten Nahostkonfliktes eine wesentliche Verbreiterung erfuhr, doch liegen die Kriterien für die künftige Entwicklung auch hier nicht bei China allein, sondern der Fortentwicklung der Politik aller beteiligten Parteien begründet.

## V. Perspektiven

Der Konflikt zwischen China und der Sowjetunion, wie er seit Anfang der sechziger Jahre bekannt ist, wird nicht allein durch die Kenntnis der Entwicklung seither, sondern erst auf der Grundlage des Verständnisses der Entwicklung der Historie der Beziehungen zwischen China und den europäischen Seemächten, von denen Rußland nur eine war, verständlich. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung, die das chinesische Selbstverständnis und seine Weltsicht zerstörte<sup>67</sup>, entstand nach 1949 zwischen den beiden nunmehr kommunistischen Staaten ein Konflikt, der nur scheinbar lösbare Meinungsverschiedenheiten über ideologische oder machtpolitische Fragen zum Gegenstand hatte. Dieser Konflikt weitete sich von einer Auseinandersetzung zwischen kommunistischen Staaten zu einer der bestimmenden Kräfte der internationalen Politik der Gegenwart aus, die auf alle Bereiche der internationalen Politik noch nicht übersehbare Auswirkungen genommen hat.

Um Perspektiven einer künftigen Entwicklung aufzeigen zu können, müssen zunächst die Perspektiven der Historie zu Hilfe genommen werden: Danach ist der Prozeß, den China seit der Mitte des 19. Jahrhunderts durchmacht, der einer Anpassung des chinesischen Selbstverständnisses an die moderne Staatenwelt nach Jahrtausenden der Politik, die vom Sinozentrismus bestimmt war und unbeeinflußt von außerasiatischen Einwirkungen vor sich ging. Dieser Prozeß, zu dem auch die totale Veränderung der inneren Struktur gehörte, ging durchaus gewalttätig vor sich. Die chinesische Revolution von 1911 ist in diesem Prozeß nur eine Etappe, ebenso wie der Sieg des Kommunismus im Jahre 1949 oder der Bruch mit der Sowjetunion. Dem liegt zugrunde und zum Ziele die Selbstfindung Chinas, der Gewinn eines Status, der es China erlaubt, den „eigenen Weg“ in der veränderten internationalen Umwelt auf der Grundlage der Souveränität und Integrität fortzusetzen.

Aus dieser Sicht ist der Konflikt zwischen Peking und Moskau Bestandteil einer langen Entwicklung, deren Zielsetzung nicht kurzfristigen Ereignissen unterworfen ist: China wird zu keiner Zeit — allenfalls für eine kurze Periode unter militärischem Zwang — auf seine Eigenständigkeit und Selbständigkeit verzichten können. Mit anderen Worten: Solange China in der sowjetischen Politik eine Bedrohung seiner eigenen Position und Politik sieht, wird dieser Konflikt andauern, wobei es zugleich gilt, das Erbe der Vergangenheit zu überwinden. Die Rolle und Bedeu-

<sup>67</sup> Siehe dazu Grimm, Tilemann: China in der Welt: Ein geschichtlicher Abriss. In: Die Außenpolitik Chinas. München 1975, S. 23—48.



tung des Marxismus-Leninismus bzw. der weltrevolutionären Idee dabei bliebe noch zu untersuchen.

Diese langfristige Perspektive kann jedoch nicht die Bedeutung kurzfristig bedeutender Fragen verdecken. Hier ist die Frage nach der Nachfolge Mao Tse-tungs von entscheidender Bedeutung: Kann davon ausgegangen werden, daß die chinesische Politik unter Mao Tse-tung am bisherigen Kurs festhalten wird, so gilt dies nicht zwingend für seine Nachfolger. Es ist durchaus denkbar, daß „nach Mao“ ein pragmatischer Kurs gegenüber der Sowjetunion verfolgt wird, der zwar keine Aussöhnung, aber eine Entspannung im bilateralen Bereich und damit in den internationalen Beziehungen nach sich ziehen könnte. Ebenfalls möglich ist, daß eine nach Mao Tse-tungs Ausscheiden auftretende innere Instabilität mit Hilfe von außenpolitischen Aktionen integrierenden Charakters zu beheben versucht werden könnte. Eine Eskalation des Konfliktes aus innenpolitischen Gründen erscheint danach ebenfalls möglich.

Ganz offensichtlich hat jedenfalls die jetzige Sowjetführung auf die Zeit „nach Mao Tse-tung“ gesetzt – nicht anders ist ihr derzeitiges Taktieren in der Chinafrage zu verstehen. Der unversöhnliche Kurs wie auch Ton und Richtung der Polemik sind eindeutig auf Mao Tse-tung abgestellt und lassen damit die Möglichkeit einer Annäherung „nach Mao“ durchaus zu. Diese Politik impliziert auch, daß sich Moskau Chancen für ein instabiles China „nach Mao“ ausrechnet, sei es durch mittelbares Eingreifen in chinesische innerparteiliche Querelen – eine Garnitur Exilchinesen steht dafür bereit – oder sei es durch unmittelbare Aktivitäten „zum Schutze der sozialistischen Interessen“ à la Breschnew-Doktrin.

Zu den Unwägbarkeiten der kurzfristigen Perspektive gehören jedoch auch andere Aspekte der sowjetischen Politik: Es wird vom Erfolg bzw. der Umsetzung etwaiger Ergebnisse der Entspannungspolitik Breschnews abhängen, inwieweit seine Politik weitergeführt wird. Der Umstand, daß auch die Chinapolitik Breschnews – wie die seiner Vorgänger – erfolglos blieb, wird sich im Falle eines Scheiterns der Entspannungspolitik zusätzlich negativ auswirken. Kurzfristige Veränderungen der sowjetischen Chinapolitik nach Breschnew – sei es im Hinblick auf eine Annäherung „nach Mao“ oder militärische Aktionen – sind danach nicht auszuschließen<sup>68</sup>.

Die entscheidende Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellt, ist die nach den Auswirkungen möglicher künftiger Entwicklungen für die internationale Politik bzw. für den Westen. Bei der Beantwortung dieser Frage muß zunächst zwischen der langfristigen und der kurzfristigen Perspektive unterschieden werden.

Ausgehend von der Kontinuität der Differenzen der langfristigen Perspektive zufolge ergibt sich für die Sache des Weltkommunismus, daß dessen Spaltung wohl auf absehbare Zeit unüberbrückbar sein dürfte. Dies legt die Möglichkeit einer begrenzten Kooperation des Westens mit China nahe<sup>69</sup>, wobei wiederum davon auszugehen ist, daß diese Kooperation allein wegen des Kräfteverhältnisses allenfalls auf der Ebene der USA oder der eines geeinten Europas erfolgen könnte.

<sup>68</sup> Daß die Möglichkeiten der Chinapolitik der Sowjetunion ebenso wie die der Rußlandpolitik Chinas im Rahmen der gesamten Außenpolitik beider Staaten gesehen werden müssen und somit auch Veränderungen weltpolitischer Relevanz nach sich ziehen, liegt auf der Hand und soll hier lediglich erwähnt werden.

<sup>69</sup> Auch im Sinne der Schwächung des kommunistischen Lagers.



Eine entsprechende Politik unter Anerkennung der nationalen Interessen der Volksrepublik China kann nur erfolgreicher sein als die einer Ablehnung oder „Eindämmung“ Chinas, wie sie in den letzten Jahrzehnten praktiziert wurde.

Dies gilt auch für die weitere Entwicklung der Nord-Süd-Beziehungen, wobei China hier zielstrebig seinen Einfluß auszubauen versuchen wird und entsprechend der gegenwärtigen Entwicklung durchaus mit einer Vergrößerung, sogar mit der Bildung eines „chinesischen Lagers“ rechnen kann.

Anders stellen sich die Auswirkungen bezogen auf die kurzfristige Perspektive dar. Die aufgezeigten Möglichkeiten reichen von einer Annäherung im bilateralen Bereich bis zu einer sowjetischen bzw. chinesischen militärischen Aktion, wobei die Auswirkungen einer partiellen Annäherung durchaus der langfristigen Perspektive entsprechen können — wenn eine Annäherung dieser Art auf einer unabhängigen chinesischen Politik basiert. Militärische Aktionen begrenzten Ausmaßes einer der beiden Seiten kämen einer weiteren Eskalation des Konfliktes, d. h. einem Festhalten der gegenwärtigen Konzeption gleich und entsprächen durchaus der langfristigen Perspektive. Größere militärische Aktionen einer der beiden Staaten müßten aufgrund des militärischen Kräfteverhältnisses mit einem Sieg der UdSSR enden, dies gilt auch für den Fall einer sowjetischen Intervention in Ausnutzung innerer Unruhen in China. Eine derartige Entwicklung würde zweifelsfrei eine sowjetische Vorherrschaft — in welcher Form auch immer — über China nach sich ziehen und eine unmittelbare Veränderung des internationalen Kräftegleichgewichts mit sich bringen. Zu dieser Möglichkeit sei angefügt, daß sie zwar theoretisch möglich erscheint, daß jedoch allein aufgrund der Entwicklung und des Standes der chinesischen Atomrüstung eine derartige Entwicklung äußerst unwahrscheinlich ist.

Bezogen auf die Möglichkeiten europäischer und bundesdeutscher Chinapolitik angesichts dieser Perspektiven ist zunächst folgendes festzuhalten: Von einer Fortsetzung des Konfliktes ohne größere Veränderungen kann durchaus ausgegangen werden. Dies gilt — wenngleich in beschränktem Maße — auch für die Außenpolitik Chinas<sup>70</sup>. Das Zusammenwirken beider Faktoren impliziert aber auch eine weitere Unterstützung Chinas für die Integration Europas, die Wiedervereinigung Deutschlands und alle aus seiner Sicht „Entspannungsgegner“.

Davon ausgehend bietet sich eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit sowohl auf bilateraler wie auf multilateraler EG-Ebene mit China. Daß eine derartige Zusammenarbeit allerdings nicht allein auf der Sowjetfeindlichkeit Chinas und der europäischen Interessenlage im Rahmen der Ost-West-Beziehungen beruhen kann, liegt auf der Hand. Vielmehr muß zur Erreichung dieses Zieles eine solide Grundlage geschaffen werden, die auf gemeinsamen Interessen basieren muß, wozu der Ausbau der wirtschaftlichen wie der kulturellen Kontakte gehört. Daß dies angesichts der Praxis der chinesischen Außen- und Außenhandelspolitik kein einfaches Unterfangen ist, muß nicht besonders hervorgehoben werden — dazu sind Geduld und Ausdauer ebenso notwendig wie Verständnis für die chinesische Politik und ihre Anliegen.

<sup>70</sup> In beschränktem Maße deshalb, weil die Führung Chinas zweifellos ihre Außenpolitik ändern kann, ohne jedoch an der grundlegenden Tatsache vorbeizukommen, daß allein direkte Kontakte mit Washington eine gewisse Absicherung gegenüber Moskau bieten können.